

axis, des Volkes Gottes, das sie mit seinem Amen besiegeln muß. Wieweit Taufe und Konfirmation als Ordination für den „Ordo“ des Laien verstanden werden, mit vielen diffizilen Einzelfragen über die hierarchische Struktur und die Charismata.

Ein bedeutender Schritt

Das Studiendokument will nicht konfessionell einseitig sein. Auch die „protestantische Tradition“ wird mit radikalen Fragen bedrängt: ob die Deutung der Ordination als einfacher Bestätigung oder Beauftragung durch das NT gerechtfertigt werde, ob nicht durch die Anrufung des Heiligen Geistes eine Gabe mitgeteilt werde. Vor allem: „Haben protestantische Vorstellungen vom Ursprung ihres Amtes die historischen Bedingungen für dessen Entstehung ernsthaft mit in Betracht gezogen?“ Etwa aus dem Protest Luthers gegen einen katholischen Mißbrauch des Amtes? Man kann sagen, daß so ziemlich alle typisch protestantischen Positionen bezüglich des Amtes und der Ordination durchgefragt werden. Allerdings sind die *Kriterien* gerade dieser Frage relativ unklar. Man liest dennoch mit einiger Hoffnung das

Fazit: „Es ist von größer Wichtigkeit, daß uns in den Problemen wie in den grundlegenden Auffassungen der Ordination mehr zu verbinden als zu trennen scheint...“ Dieser Entwurf zur Ordination entstand, ehe in Uppsala neun römisch-katholische Theologen zu Mitgliedern der auf 150 Mitglieder erweiterten Kommission Faith and Order gewählt wurden (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 386). Werden sie zusammen mit den Orthodoxen mit der Grundtendenz des Dokuments die recht verstandene Tradition verbinden können? Oder werden ihre Meinungen in kommenden Gutachten nach altem Brauch zitiert werden: die einen urteilen so ... die anderen so ... und wieder andere meinen das Gegenteil? Die Reaktion der kirchlichen Öffentlichkeit auf die Weltkonferenz von Uppsala, von der im gleichen Heft der „Ökumenischen Diskussion“ (S. 206—225) beredete Proben abgedruckt werden, warnt u. a. vor der „Degeneration einer ökumenischen Inzucht“ und fordert harte Selbstbesinnung über die bisherigen Methoden. Das Echo in der Zeitschrift des Genfer Jugend-Departments, „Risk“ (Nr. 4/1968), zeugt allerdings von einem revolutionären Elan zur Interkommunion und möchte über die Ordination zur Tagesordnung übergehen.

Länderberichte

Kirche und Staat in einer neuen Slowakei

Die Umwandlung des seit 1918 als eine nationale Einheit konzipierten Staatsgebildes der ČSR in eine Föderativ-Republik, bestehend aus einer tschechischen und einer slowakischen sozialistischen Republik, ging doch leiser vor sich, als es der Tragweite des Ereignisses entsprach. Es war ein im buchstäblichen Sinne historisches Faktum, denn — von der kurzen Zeit vom 14. März 1939 bis zum April 1945 abgesehen, jenem gebrechlichen und durchsichtigen Gebilde eines fiktiven selbständigen slowakischen Staates, der mehr einer nicht ernst zu nehmenden und dabei doch so brutal-lächerlichen Tragikomödie auf der von Hitler improvisierten Bühne Ostmitteleuropas als einem wirklich souveränem Kleinstaat entsprach — nun erhielten die Slowaken zum erstenmal in ihrer Geschichte eine staatliche Selbständigkeit, die sie sich selbst in Jahrhunderten nicht so erträumen konnten. Man sollte nicht in den Fehler verfallen und auch diesen slowakischen Staat, wie er am 1. Januar 1969 ins Dasein getreten ist, nur als ein Ergebnis anderer politischer Faktoren und nicht dem eigenen Verlangen nach Selbständigkeit zuschreiben. Es kann zwar nicht geleugnet werden, daß Sowjetrußland diese innerstaatliche Entwicklung der bisherigen einheitlich strukturierten ČSSR nach den Januar-Ereignissen des Jahres 1968 mehr offen als verhohlen begrüßte. Eine völlige Vereinheitlichung kannte nur die Erste (1918—1938) und die Zweite Tschechoslowakische Republik (1945—1948). Bereits seit 1948 entsprachen den ganzstaatlichen Ministerien in Prag eigene slowakische Verwaltungs- und Vollzugsorgane in Preßburg. Die Sowjetunion tat dies wohl kaum aus selbstlosem Interesse am slowakischen Brudervolk, sondern aufgrund eines bedenkenlos nüchternen und ausschließlich dem eigenen Machtstreben dienenden Kalküls. Darin liegt für die neue slowakische Teil-Republik ein Gefahrenherd, der

sich noch erschreckend auswirken kann: bis hin zur vollständigen Sowjetisierung als „selbständige“ Sowjet-Republik im Gesamtrahmen der Ukraine. Es muß jedoch anerkannt werden, daß die derzeitige Regelung dem entspricht, was die tschechische und slowakische Emigration während des Ersten Weltkrieges sich vorgestellt hatte.

Langer Weg nationaler Entfremdung

Bereits einmal, im Großmährischen Reich 836—907, lebten Tschechen und Slowaken gemeinsam in einem slawischen Staat. Vom Ende dieser Periode (907) bis zum Ausgang des Ersten Weltkrieges verblieben dann die Slowaken bei Ungarn und waren in den letzten 50 Jahren eines der am meisten entrechteten Völker Europas bis in das 20. Jahrhundert hinein. Noch nie waren die Slowaken ein reiches Volk, wohl immer fleißig und strebsam, aber wirklicher Reichtum war bei ihnen nicht daheim; es gab keine stolzbesessenen Großbauern, keine großen Handwerksbetriebe, keine slowakischen Beamten in hohen Stellungen. Wohl hat im Mittelalter der Bergbau (Silber) einigen Städten und ihren Bürgern zu Wohlstand verholfen, doch war davon nichts zurückgeblieben. Industrie kannte das Land bis 1918 nur in einigen wenigen Städten. Der Großteil des Volkes lebte von Ackerbau und Viehzucht, vom Tagelohn in der Wald- und Holzwirtschaft, als kleine Handwerker und untergeordnete Bedienstete. Wo in ihrer Heimat Menschen einflußreich und begütert geworden waren, zu Ansehen über die Grenzen ihrer nächsten Umgebung hinausgekommen sind, höhere Stellungen im staatlichen Leben errangen, haben sie dies zu meist mit der Preisgabe ihrer Volksverbundenheit erkaufte.

Die Magyarisierung wurde insbesondere nach 1867, dem

österreichisch-ungarischen Ausgleich, der der ungarischen Vorherrschaft in der östlichen Hälfte der Donaumonarchie Vorschub leistete, mächtig vorangetrieben. Ein eigenes kulturelles Leben der Slowaken war in dieser Zeit auf die Pflege alten Brauchtums eingeengt. Künstlerisches Schaffen, das einst heute noch bezeugende Denkmäler hervorgebracht hatte, litt ungemein stark unter dieser Entnationalisierung. Eine slowakische Literatur entstand langsam erst im Schatten der vom Westen hereingreifenden Romantik und brachte es zu einer eigenen Schriftsprache, deren Selbstwerdung jedoch erst im eigenen tschechoslowakischen Staat sich vollenden konnte. Im Gegensatz zu den Tschechen, bei deren Repräsentanten während der letzten Jahrzehnte in der Donaumonarchie traditionsbewußtes und kultiviertes Denken immer deutlicher sich ausprägte, fehlte dem slowakischen Volk in den letzten Jahren vor Beendigung des Ersten Weltkrieges jegliche Möglichkeit, slowakisch fühlende Intelligenz heranwachsen zu sehen. Unter 30 000 Staatsbediensteten innerhalb des heutigen slowakischen Staatsgebietes bekannten sich 1914 nur 2000 zur slowakischen Nationalität. Unter den 400 dort und damals als Künstler, Literaten und Journalisten tätigen Männern fühlten nur 19 slowakisch, 344 zählten sich selbst zur ungarischen und 47 zur deutschen Nation (nach K. Braunias, *Die Slowaken*, Stuttgart 1942). Analphabetentum und anationales Fühlen im einfachen Volk gingen Hand in Hand. Und selbst innerhalb des slowakischen Siedlungsgebietes zeigte sich darin ein Gefälle von West nach Ost. Im Jahre 1914 besuchten von den 255 557 Kindern aus slowakischen Familien nur 48 025 eine Volksschule mit slowakischer Unterrichtsprache. Die übrigen 207 532 füllten ungarische Volksschulen. Unter 3862 Volksschulen auf dem Gebiet der Slowakei gab es damals nur 344 slowakische Schulen (Angaben K. Braunias).

Erwachen aus einer Ohnmacht

So mußte die staatspolitische Entwicklung am Ende des Ersten Weltkrieges für die Slowaken fürwahr „das Erwachen aus einer Ohnmacht“ bedeuten. Die Tschechen hatten während des Weltkrieges in vorderster Linie der Auslandsfront nach 1915 um die Selbständigkeit ihres Volkes gekämpft. T. G. Masaryk und E. Beneš schlossen sich neben tschechischen Exilpolitikern auch Slowaken an, so M. R. Stefanik. Am 18. Oktober 1918 hatte Kaiser Karl in Wien sein Manifest an die Völker der Donaumonarchie erlassen, am gleichen Tage antwortete Masaryk mit der Washingtoner Deklaration, in der er den eigenen und selbständigen Staat für die Tschechen und Slowaken forderte. Und 10 Tage später übernahm eine Gruppe tschechischer Politiker in Prag, wo bereits einige Tage vorher ein Tschecho-Slowakischer Nationalrat, jedoch ohne slowakische Beteiligung, sich konstituiert hatte, die staatliche Macht. Zwei Tage später versammelten sich in Turciansky Sväty etwa 200 führende Männer aus dem slowakischen politischen Leben und erklärten die sprachliche, kulturelle und geschichtliche Einheit der tschechoslowakischen Nation. Mehr jedoch geschah nicht. Es gab einen Slowakischen Nationalrat, eine erste slowakische Landesregierung jedoch bildete sich erst in Prag. Die so schwungvoll und immer wieder gepriesene Einheit des tschecho-slowakischen Staatsvolkes war jedoch nicht so leicht im politischen Alltag zu verwirklichen. Hoffnungsvoll setzte man auf die Entwicklung. Doch gerade

sie enttäuschte die Slowaken. Schon die geographische Lage machte ihre Randerscheinung sichtbar. Dazu kam die große Zahl tschechischer Beamter, die jetzt die abgesetzten, geflohenen oder verjagten Ungarn in Verwaltung und Wirtschaft ersetzen mußten, da kaum eingearbeitete Slowaken aus der ungarischen Ära zur Verfügung standen. In unvorstellbarer Kurzsichtigkeit Prags entsandte man nicht immer menschlich und fachlich gut qualifizierten Ersatz. In Böhmen und Mähren gab es keinen Mangel an tschechischen Nachwuchskräften. Aber bald galt dort eine Versetzung in die Slowakei als Strafversetzung. Tatsächlich war es so, daß des öfteren unliebsame oder unfähige Staatsbedienstete von dort in die Slowakei abgeschoben wurden, wo sie dann wiederum nur ein „besetztes Gebiet“ vorzufinden meinten, in dem sie als Vertreter eines „Herrenvolkes“ sich zu betätigen hätten. Empfindlich reagierten die Slowaken auf jene Vertreter des westlichen Brudervolkes, die nun hier ihre weltanschaulichen Gemeinplätze zu etablieren suchten. Die Slowaken, zu Dreiviertel katholischen Glaubens, die übrigen Protestanten, trieb es fast zur Empörung, daß hier die aus den böhmischen Ländern abgestellten tschechischen Lehrer nicht nur das religiöse Empfinden des Volkes immer wieder verletzten, sondern auch die Kinder und die Jugend im liberal-areligiösen Geist erziehen wollten, der die eigene religiöse Leere als hussitische Tradition ausgab. Die allermeisten Vertreter der importierten und abgestellten tschechischen Intelligenz in der Slowakei besaßen kein Empfinden für vieles, was den Slowaken teuer war, was es sich trotz jahrhundertelanger Fremdherrschaft erhalten hatte.

Zwischen Preßburg und Prag

Dazu kam sehr schnell die Unzufriedenheit mit einem immer straffer werdenden Prager Zentralismus, der in der Slowakei eine Kolonie zu verwalten glaubte; alle Entscheidungen wurden in den Prager Ministerien getroffen, oft ohne genügende Kenntnis der örtlichen Situation und Gegebenheiten und ohne Berücksichtigung slowakischer Interessen. Wohl war den Slowaken, die besonders in Kanada und in den Vereinigten Staaten verhältnismäßig starke Kolonien von Auswanderern besaßen, im Abkommen von Pittsburg (30. 5. 18) die Autonomie der Slowakei im Gesamtverband einer gemeinsamen Republik zugesichert worden. Aber gerade diese Zusage wurde nicht eingelöst. Die Slowakei blieb eine Dependence von Prag. Daran änderte die Teilnahme slowakischer politischer Parteien am Leben im Prager Parlament ebensowenig wie der Eintritt slowakischer Minister in Prager Regierungen. Diese Unzufriedenheit artikulierte sich sehr bald in der von dem katholischen Pfarrer Ondrej Hlinka geführten Slowakischen Volkspartei. Die nachwachsende slowakische Intelligenz sah sich benachteiligt und betrogen. Andererseits sollte nicht verschwiegen werden, daß auch schon in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918—1938) die Prager Regierungen viel zur Hebung der Slowakei getan haben. Und schon ohne ihr Zutun, allein aufgrund der veränderten politischen Lage, die jetzt den Slowaken auch ohne Aufgabe ihrer Nationalität die Wege bis in die höchsten Ämter und Stellen eröffnete, haben sich die Zukunftserwartungen der nun immer zahlreicher werdenden slowakischen Intelligenz verbessert. Es wäre eine Unrecht, zu verkennen, was in diesen kurzen 20 Jahren für das slowakische

Geistesleben getan wurde. Dies fällt in ganz besonderer Weise beim Schulwesen auf. In dieser Zeit wurden in der Slowakei fast 4500 Volks- und Bürger- (= Haupt-)schulen neu errichtet; dazu kamen 49 Gymnasien, 32 Fachschulen, 20 Handelsakademien, 17 Frauenfachschulen, 14 Lehrerbildungsanstalten, eine Universität und eine Technische Hochschule. Der Prozentsatz der Analphabeten sank von 47% im Jahre 1918 auf 7% im Jahre 1938. Und auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist manches getan worden, was dem Land und seinen Bewohnern Nutzen brachte. Seit den dreißiger Jahren wurden dann Industrien aus den strategisch leicht verwundbaren Gebieten des Westteils der Republik in die Slowakei verlagert, neue Betriebe errichtet, die Landwirtschaft gefördert, das landschaftlich so reizvolle und zum Teil grandiose Gebiet der Hohen und Niedrigen Tatra erschlossen. Die zahlreichen Bäder erreichten jetzt Anschluß an gleichartige Einrichtungen des Westens. Und dennoch tat sich in der Bevölkerung ein Spalt auf, der nur lose überbrückt blieb.

Tschechen und Slowaken lebten sich gefühlsmäßig auseinander. Nur das politische Kalkül hielt sie nach außen geschlossen zusammen. Hier im Gefühlsmäßigen sind die Wurzeln autonomistischen und separatistischen Denkens bei vielen Slowaken zu suchen, die es dann später Berlin so leicht machten, nach dem Köder eines eigenen slowakischen Staates greifen zu lassen. Damit werden aber auch tiefere Zusammenhänge der allerletzten Entwicklung sichtbar.

Die Entwicklung seit 1939

Was einerseits Unvernunft der Tschechen und blinder Nationalismus slowakischer Autonomisten heraufbeschworen hatten, ergab sich dann andererseits so leichthin als „Frucht“ stärkerer Mächte: der selbständige Slowakische Staat. Aus der neuen Tschecho-Slowakei, genauer aus dem tschechisch-slowakisch-karpatorussischen Dreistaat, scherten die Slowaken aus und erhielten ihren „Slowakischen Staat“, der als ein Satellit des Dritten Reiches gelten muß, für den Hitler „großmütig“ den Schutz übernahm.

Mußte es zu diesem „Ergebnis“ kommen? Wo liegen die Ursachen dieser Entwicklung? Die Kräfte, die zu einer vollständigen Abtrennung der Slowakei von den Ländern Böhmen-Mähren führten, liegen in einer zweifachen Wurzel verborgen. Einerseits war die Abspaltung aus einer mehr emotional gespeisten, wenn auch sachlich begründeten Einstellung der Slowaken gegen die Tschechen entstanden. Nach dem Münchener Abkommen im Herbst 1938 ergriff die politische Katastrophenstimmung in Prag auch die Slowakei, insbesondere als diese durch den „Wiener Schiedsspruch“ (2. 11. 38) die magyarisch besiedelten südslowakischen Grenzgebiete an Ungarn verlor. Wohl hatte die Slowakei eine eigene Landesregierung erhalten, aber der Strudel der politischen Ereignisse zog auch die Slowaken, halb gezwungen, halb willig, in seinen Sog. Slowakische Autonomisten (Durcansky, Mach) trugen in Berlin den Wunsch der Slowaken nach Selbständigkeit vor; wenige Tage später trafen Tiso und Durcansky mit Ribbentrop in München ohne Wissen der Prager Zentralregierung zusammen; andere Slowaken verhandelten mit den Polen und mit den Kroaten. Als Prag die separatistisch gesinnte Landesregierung in Preßburg auflöste, kam alles in Fluß. Tiso, ein katholischer Prälat, und Durcansky erschienen bei Hitler, zauderten dann

jedoch, fuhren aber zurück mit der von deutscher Seite konzipierten Unabhängigkeitserklärung des slowakischen Staates und mit dem Text eines Telegrammes an Hitler, der um den Schutz des neuen Staates ersucht wurde.

Was sich damals in der Slowakei tat, war nur ein widerlicher Abklatsch dessen, was im Großdeutschen Reich beheimatet war. Eine gewisse innerstaatliche Freiheit blieb gewahrt, der antichristliche Tenor des Nationalsozialismus deutscher Prägung vermochte wenig gegen die religiöse Einstellung der Slowaken. Aber von den Judenverfolgungen bis zur erhobenen Grußhand und den dröhnenden Marschstiefeln fand vieles aus dem Reich hier in der neuen Slowakei bereitwillige Nachahmung.

Während des Zweiten Weltkrieges fanden Tschechen und Slowaken im Exil wieder zusammen, diesmal in einer revolutionär-sozialistischen Konzeption, die nicht nur von tschechischen und slowakischen Kommunisten in Moskau, sondern auch von der in London unter E. Beneš gebildeten Tschechoslowakischen Exilregierung entworfen worden ist. Das Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken sollte in einer befreiten ČSR vom Selbstbestimmungsrecht als Recht auf Eigenstaatlichkeit gekennzeichnet sein, so hieß es im Munde tschechischer und slowakischer Kommunisten in Moskau bereits 1941. Dabei war man sich aber auch einig, alle nicht links stehenden Gruppen zu liquidieren, wie sich überhaupt jetzt mehr und mehr der Einfluß der Kommunisten spürbar machte, die sich keineswegs der in London lebenden Exilregierung unterwarfen.

Unter kommunistischer Herrschaft

In der Slowakei selbst eröffnete die herannahende Front immer deutlicher den Blick in die Zerrissenheit nationaler Gefühle und Erwartungen. Im „selbständigen“ Slowakischen Staat erlebte das Land, rein äußerlich gesehen, einen wirtschaftlichen Aufschwung, der den Arbeitern, Handwerkern und der jungen Intelligenz in besonderer Weise zugute kam. Doch wie sollte die Zukunft sich gestalten? In einer zweiten, mit den Tschechen gemeinsamen Republik? Oder doch als ein selbständiger eigener Staat, wenn auch mit anderen politischen Inhalten? Im Herbst 1944 brach der Slowakische Aufstand los, der dann aber ganz von den Kommunisten in die Hände genommen und später als rein kommunistische Tat propagandistisch ausgewertet wurde, was dieser Aufstand jedoch nie gewesen ist. In Kaschau proklamierte E. Beneš, über Moskau aus London angekommen, das neue Regierungsprogramm und damit die Zerstörung der bisherigen und auch der alten Ordnung der Tschechoslowakei. Die KPČ verstand es auch in der Slowakei, sich in besonders wichtige Stellungen vorzuarbeiten. Aufgrund der Wahlen zogen jedoch nur 21 kommunistische neben 48 nichtkommunistischen slowakischen Abgeordneten in die Prager Nationalversammlung ein, wo die Kommunisten mit 114 von 300 Abgeordneten vertreten waren.

Bald begann die innenpolitische Situation sich zu verschlechtern. Wohl gelang es zunächst den Slowaken, dem Würgegriff ihrer eigenen Kommunisten sich zu entwinden, aber auch diesmal fiel die Entscheidung außer Landes: in Prag, wo die Kommunisten in der Februar-Revolution 1948 alle Macht an sich zogen und mit Hilfe der Straße und infolge der Schwäche des Staatspräsidenten alle antikommunistischen Kräfte auszuschalten wußten.

Was im Exil auch von den Kommunisten als Recht der Eigenstaatlichkeit verkündet war, blieb im Kaschauer Programm vergessen und wurde auch in der neuen, sozialistischen Verfassung nicht erfüllt: Die Prager Zentralministerien erhielten in Preßburg nur slowakische Beauftragte. Von einer Selbständigkeit blieb nichts übrig. Kommunistischer Parteidisziplin gelang es, die Kluft zwischen Tschechen und Slowaken zu überbrücken und alle nationalen Eigenbestrebungen in der Slowakei den genormten Richtlinien der Partei anzupassen. Es muß zugegeben werden, daß von Prag aus jetzt die Slowakei noch stärker gefördert wurde. Nirgendwo in Böhmen und Mähren wurde etwa soviel gebaut wie in der Slowakei. Hier entstanden neue Industrien, in der Ostslowakei ein gewaltiges Hüttenkombinat. Slowaken avancierten auch in Prag in höchste Stellungen und sorgten von hier aus immer wieder für eine Verständigung zwischen den beiden slawischen Völkern.

Doch auch dieses Experiment ist nicht gelungen. Die Unzufriedenheit des slowakischen Volkes, seiner Intelligenz, seiner Künstler, Literaten und Journalisten, seiner Jugend wie auch kommunistischer Parteigenossen wuchs unter der Oberfläche ständig. Selbst ein slowakischer Ministerpräsident in Prag war gegen diese immer spürbarere Aversion kein Heilmittel, bis ein Erster Sekretär der KP aus den Reihen der Slowaken den Schritt zur Teilung des Einheitsstaates in zwei föderativ verbundene Gebilde gewagt hat.

Kirche vor neuem Anfang

Es darf angenommen werden, daß es auch den Tschechen heute mit der staatlichen Selbständigkeit der Slowaken ernst ist. Zu schwer wog bisher die Last unerfüllter Zusagen auf der eigenen Seite. Ob die Slowaken dabei wirtschaftlich sich besserstellen werden, soll hier nicht weiter untersucht werden. Und die politische und damit auch die nationale Gefahr wurde bereits angedeutet. Die Grenzen der eigenen Macht sind Tschechen und Slowaken in gleicher Weise im Sommer 1968 deutlich geworden. Das politische und nationale Leben der Slowaken ist in ein neues Stadium eingetreten, durch das auch die Kirche berührt wird.

Derzeit ist jedoch eine Prognose über die Stellung der Kirche in der neuen Slowakei nicht möglich. Sie wird einerseits beeinflusst von der Gestaltung des zukünftigen politischen Zusammenlebens zwischen Prag und Preßburg wie auch von der Einstellung Moskaus zur kirchenpolitischen Entwicklung in der Gesamttschechoslowakei; und hier stehen die Vorzeichen nicht günstig. Von maßgeblichem Einfluß wird dann in der Slowakei auch die Einstellung des heute führenden Mannes dieses Landes, Parteichefs *Husák*, sein. Noch ist sein Verhalten der Kirche gegenüber nicht profiliert genug. Anfangs gab er sich den Anschein eines echten Wohlwollens, einer von Moskau empfohlenen schärferen Gangart im Verhältnis zur Kirche dürfte auch er sich trotz seines einst guten Auskommens mit geistlichen Mithäftlingen, nicht widersetzen. Im innerkirchlichen Bereich weisen die Vorzeichen derzeit auf eine größere Verselbständigung der Kirche in der Slowakei hin und damit auf eine vom kirchlichen Geschehen in den böhmischen und mährischen Diözesen unabhängige Entfaltung des eigenen kirchlichen Lebens. Zunächst drängen aber vordergründigere Aufgaben einer Lösung zu.

Einige dieser Probleme sind hier bereits skizziert worden. Es ist anzunehmen, daß bei den Verhandlungen des Prager Außenministeriums mit dem Vatikan neben den Fragen der Wiederbesetzung der vakanten Bischofsitze auch die Errichtung einer eigenen slowakischen Kirchenprovinz zur Sprache kommen wird, wie diese bereits in den Abmachungen vorgesehen war, die 1937 nicht beendet wurden. Doch war damals bereits der Bischof der ältesten slowakischen Diözese Nitra zum Erzbischof ernannt worden, wie auch der letzte Bischof, *F. Nécsey*, noch wenige Monate vor seinem Tod 1968. Ob die aus den politischen Ergebnissen des Ersten Weltkrieges erwachsene Apostolische Administratur Trnava zu einem regulären Bistum mit dem Sitz in der Landeshauptstadt Preßburg erhoben wird? Denkbar wäre auch eine Transferierung des ältesten slowakischen Bischofssitzes von Nitra nach Preßburg, um so im politischen Mittelpunkt des Landes auch die Kirche in besonders sichtbarer Weise präsent zu machen. Doch wäre damit ein spürbarer Bruch mit der kirchlichen Vergangenheit des Landes verbunden, daß er eine derartige Neugliederung fraglich erscheinen läßt. Denn gerade in Nitra entstand der erste Mittelpunkt christlichen Lebensinhaltes der Slowakei.

Alle slowakischen Bistümer sind vakant. In Trnava amtiert als Apostolischer Administrator *A. Lazík* und in der Diözese Rožňava *R. Pobožný*, gleichfalls als Apostolischer Administrator. Somit steht einer regulären Besetzung dieses Bistums nichts im Wege. Das hohe Alter von Bischof *Pobožný* läßt einen Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge durchaus gerechtfertigt erscheinen. Und die Auswahl befähigter Männer, die sich in den vergangenen Jahren der Knechtung der Kirche durch kommunistische Funktionäre und ihre bereiten Helfer aus den Reihen des Klerus selbst in keiner Weise kompromittiert haben, sollte nicht zu schwerfallen. Weit schwieriger und äußerst delikat wird eine andere Aufgabe sein: die Selbstreinigung der Kirche von all jenen Geistlichen, die sich allzu leicht als Kollaborateure des Regimes hergegeben haben. Die Säuberung innerhalb des Klerus ist in der Slowakei keineswegs so gründlich durchgeführt worden wie in den tschechischen Diözesen. Geistliche Funktionäre aus der vergangenen Ära verstanden es, sich nicht nur über Wasser zu halten, sondern auch in ihren Ämtern zu verbleiben. Dies gilt nicht nur von den vakanten Diözesen und betrifft nicht nur den einen oder anderen ernannten Kapitelsvikar. Diese Männer verstehen es heute zum Teil noch, auf die Autorität des Bischofs zu pochen, wo sie selbst alle Fäden in ihren Händen halten und das Amt des Bischofs mißbrauchen. Der Klerus selbst ist über diese Entwicklung äußerst beunruhigt und wünscht eine baldige Änderung der Lage herbei. Er ist nicht gewillt, den Machenschaften dieser kleinen Gruppen ausgeliefert zu bleiben, und seine Bitten um Hilfe wollen nicht verstummen.

Schwacher Aufbruch der Laien

Hier in der Slowakei wurde auch die kurze Zeit zwischen 1945 und 1948 nicht in der gleichen Intensität benützt, um unter der jungen Generation katholisches Gedankengut in einer modernen, der Jugend gemäßen Weise Gestalt annehmen zu lassen. In der Slowakei wirkten sich Belastungen aus der Zeit zwischen 1939 und 1945 jetzt hemmend auf einen schwungvollen neuen Anfang seelsorglichen Arbeitens aus, da sie sich in den Geleisen halb-

staatlicher Organisationen festgefahren hatte, deren aktive Mitglieder jetzt aufgrund der neuen politischen Entwicklung aus dem Rampenlicht der kirchlichen Öffentlichkeit zurücktreten mußten. Es fehlten den Slowaken in gleicher Weise aufgeschlossene Geistliche, die sich einer rein religiösen Arbeit verschrieben hatten, wie das in den böhmischen Diözesen, insbesondere in Prag, der Fall war. Andererseits lag die Slowakei zu ferne, um später teilzuhaben an Lockerungen und Möglichkeiten, wie sie sich in Prag allmählich ergaben. Es gab dort keinen Ort, an dem Christen und Marxisten ins Gespräch kamen.

Die baskische Kirche im spanischen Staat

Die Problematik der baskischen Kirche in Spanien stellt auch noch in der nachkonziliaren Entwicklung des spanischen Katholizismus, mit seiner auffälligen Diskrepanz zwischen Traditionslast und Zukunftsöffnung, einen Sonderfall dar, der aufgrund unbewältigter alter und zahlreicher neuer Fragen sowie durch die Sensibilität der Basken gegenüber politischen, sozialen und kirchlichen Entwicklungen in den letzten Monaten eine besondere Zuspitzung erfahren hat. Einerseits eine ausgeprägte Hellhörigkeit, mit der Mißstände registriert werden, und andererseits die im Durchschnitt recht fortschrittlichen Priester lassen die kirchliche Dynamik im Baskenland als ein Warnsignal und als einen in vieler Hinsicht exemplarischen Fall für die gegenwärtigen Probleme der spanischen Kirche erscheinen. Zwei ungelöste, konfliktreiche Komplexe sind für Leben und Entfaltung der baskischen Kirche mitbestimmend. Völkerrechtlicher Natur ist der eine, nämlich die unerfüllten Ansprüche einer ethnischen Minderheit. Deutlicher ins Bewußtsein der Weltmeinung tritt der andere, die mangelnde Respektierung allgemeiner Menschenrechte seitens des spanischen Regimes. Der religiös-kirchliche Bereich bleibt davon nicht verschont.

Physiognomie einer Minderheit

Das Baskenland erstreckt sich von den westlichen Ausläufern der Pyrenäen entlang dem Golf von Biscaya, geteilt durch die spanisch-französische Grenze. Der französische Teil mit den Provinzen Labourd, Basse-Navarre und Soule gehört verwaltungsrechtlich zum Département Basse-Pyrénées, bildet jedoch gemeinsam die Diözese Bayonne. Das spanische Baskenland gliedert sich in die vier Provinzen Vizcaya, Guipúzcoa, Álava und Navarra. Diesen entsprechen zwar ziemlich genau die Diözesen Bilbao, San Sebastián, Vitoria und Pamplona, allerdings sind sie nicht in einer baskischen Kirchenprovinz zusammengefaßt. Bilbao und Vitoria gehören der kastilischen Kirchenprovinz Burgos an.

Nicht zuletzt der geographischen Lage, die sie durch Bergketten abriegelt, jedoch zum Meer hin öffnet, verdanken die Basken die jahrtausendlang erhaltene Eigenart und die gleichzeitige weltoffene Geistigkeit. Das einzige nicht oder nicht ganz romanisierte Volk, das heute noch neben Spanisch oder Französisch das nichtindogermanische Baskisch spricht, hat Persönlichkeiten wie *Ignatius von Loyola*, *Franz Xaver*, *Franciscus de Vitoria*, den Begründer des Völkerrechts, und den Weltumsegler *Sebastián Elcano* hervorgebracht. Die knapp eine Million

Auch eine Begegnung zwischen katholischer und evangelischer Intelligenz, wie sie Prag verzeichnen konnte, fand in der Slowakei nicht statt. Wohl haben sich auch slowakische Kräfte seit dem Kongreß in Velehrad im Mai 1968 (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 366) in hoffnungsvoller Weise formiert, doch fehlte ihnen die führende Hand eines Bischofs und der ständige Impuls theologisch gebildeter Laien. Es ist daher verständlich, daß so mancher Geistliche der Slowakei wenigstens für die kirchliche Erneuerungsarbeit einen engen Anschluß an Prag wünscht.

zählende Volksgruppe besitzt in Spanien ein viel größeres Gewicht, als der Bevölkerungsanteil von etwa drei Prozent vermuten läßt.

Als Volksgruppe waren die Basken nur für kurze Zeit politisch geeint, ihr Freiheitsdrang ließ zumeist nur in engbegrenzten Regionen politische Vereinigungen oder bündnisartige Zusammenschlüsse mit hispanischen Kronen entstehen, wobei die individuellen Freiheiten und Sonderrechte stets garantiert wurden. *Wilhelm von Humboldt* berichtet nach seiner Reise durch das französische und spanische Baskenland im Jahre 1801: „Alle Vasken aber, ohne Rücksicht auf ihre Vertheilung unter verschiedene Herrschaft, kommen, nur mit Unterschieden des Grades, in ächtem Freiheitssinn, edlem Nationalstolz, fester Anhänglichkeit aneinander, ausgezeichnete Liebe zur Ordnung und Reinlichkeit, heitrem Frohsinn, und der körperlichen und intellectuellen Stärke und Gewandheit überein, die sie als kühne, behende, immer an neuen Hilfsmitteln reiche Bergbewohner darstellt“ (Werke in fünf Bänden, Darmstadt 1961, II, S. 611). Durch Jahrhunderte konnten die Basken weitgehende Selbständigkeit bewahren, bis der zentralistische Liberalismus des 19. Jahrhunderts und schließlich *Francos* Machtübernahme ihr ein Ende setzten. Die gegenwärtigen Vorgänge verleihen von Humboldts Darstellung erneuten Aktualitätswert: „Auch könnte die spanische Regierung, man kann es nicht oft genug wiederholen, nie soviel durch Erweiterung ihrer Rechte auf Biscaya [Biscaya nennt von Humboldt das spanische Baskenland] gewinnen, als sie durch das Sinken des Patriotismus und des Nationalgeistes verlieren würde, der eine unausbleibliche Folge der Beschränkung der Biscayischen Freiheiten seyn würde“ (ebd., S. 596).

Industrielle Dynamik und Zuwanderung

Soweit die Basken nicht bereit sind, ihre politischen Vorstellungen und ihre kulturelle Substanz zugunsten der gegenwärtigen Regierungslinie aufzugeben, sehen sie sich einer massiven Diskriminierung ausgesetzt. Nach wie vor ist die baskische Sprache vom staatlichen Unterrichtswesen, von Presse, Rundfunk, Fernsehen, aus den Gerichten und von den Behörden verbannt. Das Baskenproblem ist eines der großen Tabus in der spanischen Öffentlichkeit. Als ein gravierender Faktor wirkt die starke Zuwanderung in das industrialisierte Baskenland. Als Beispiel sei hier die Provinz Vizcaya mit der Hauptstadt Bilbao angeführt. Ähnliches gilt aber auch für Álava und Guipúzcoa, die ebenfalls von einer starken